

Jürgen Danyel

Spätfolgen? Der ostdeutsche Rechtsextremismus als Hypothek der DDR-Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur (2003)

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.893>

Reprint von:

Jürgen Danyel, Spätfolgen? Der ostdeutsche Rechtsextremismus als Hypothek der DDR-Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur, in: Jan C. Behrends, Thomas Lindenberger, Patrice G. Poutrus, Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, Metropol Verlag Berlin 2003, S. 23-40

ISBN 3-936411-01-08

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2015 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>



Zitationshinweis:

Jürgen Danyel, Spätfolgen? Der ostdeutsche Rechtsextremismus als Hypothek der DDR-Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur (2003), Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.893>

Ursprünglich erschienen als: Jürgen Danyel, Spätfolgen? Der ostdeutsche Rechtsextremismus als Hypothek der DDR-Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur, in: Jan C. Behrends, Thomas Lindenberger, Patrice G. Poutrus, Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, Metropol Verlag Berlin 2003, S. 23-40

Fremde und Fremd-Sein in der DDR

**Zu historischen Ursachen
der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland**

Herausgegeben von

JAN C. BEHRENDTS

THOMAS LINDENBERGER

PATRICE G. POUTRUS

METROPOL

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme:

**Fremde und Fremdsein in der DDR : zu historischen Ursachen
der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland / Jan C. Behrends ; Thomas
Lindenberger ; Patrice G. Poutrus (Hrsg.)**

– Berlin : Metropol 2003

ISBN 3-936411-01-8

ZZF 14964

**Zentrum für
Zeithistorische Forschung e.V.
Bibliothek**

© 2003 Metropol Verlag

Kurfürstenstr. 135

D-10785 Berlin

www.metropol-verlag.de

Druck: Fuldaer Verlagsagentur

Inhalt

JAN C. BEHRENDTS · THOMAS LINDENBERGER · PATRICE G. POUTRUS

Fremde und Fremd-Sein in der DDR Zur Einführung	9
--	---

JÜRGEN DANYEL

Spätfolgen? Der ostdeutsche Rechtsextremismus als Hypothek der DDR-Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur	23
---	----

Staatssozialismus als Fremdherrschaft

GÁBOR T. RITTERSPORN

Fremde in einer Gesellschaft der Fremden: Das sowjetische Beispiel	43
---	----

OLIVER VON WROCHEM

Die sowjetischen „Besatzer“ Konstruktionen des Fremden in der lebensgeschichtlichen Erinnerung	57
---	----

JAN C. BEHRENDTS

Sowjetische „Freunde“ und fremde „Russen“ Deutsch-Sowjetische Freundschaft zwischen Ideologie und Alltag (1949–1990)	75
--	----

Gesamtdeutsche Dimensionen

CHRISTOPH CLASSEN

Fremdheit gegenüber der eigenen Geschichte Zum öffentlichen Umgang mit dem Nationalsozialismus in beiden deutschen Staaten	101
--	-----

INA DIETZSCH

- Deutsch-Sein in einem geteilten Land
Das Problem kultureller Zugehörigkeiten 127

NICOLE HIRSCHLER-HORÁKOVÁ

- Deutsche aus der Sowjetunion in der Bundesrepublik und der DDR
Aspekte des Vertretungsanspruches in den 1950er Jahren 141

Soziale Ausgrenzung in der DDR

HEIKE VAN HOORN

- Zwischen allen Stühlen
Die schwierige Stellung sudetendeutscher Antifa-Umsiedler
in den ersten Jahren der SBZ/DDR 159

THOMAS LINDENBERGER

- Das Fremde im Eigenen des Staatssozialismus
Klassendiskurs und Exklusion am Beispiel der Konstruktion
des „asozialen Verhaltens“ 179

ELFIE REMBOLD

- „Dem Eindringen westlicher Dekadenz ist entgegenzuwirken.“
Jugend und die Kultur des Feindes in der DDR 193

JOAN HACKELING

- Das „Fremde“ im Spannungsfeld
zwischen Herrschaft und gesellschaftlicher Praxis:
Das Beispiel Rostock 1978–1989 215

Ausländer in der DDR

PATRICE G. POUTRUS

- Mit strengem Blick
Die sogenannten Polit. Emigranten in den Berichten des MfS 231

UTA RÜCHEL

- Zwischen Paternalismus und Solidarität:
das SWAPO-Kinderheim in Bellin 251

DENNIS KUCK

- „Für den sozialistischen Aufbau ihrer Heimat“?
Ausländische Vertragsarbeitskräfte in der DDR..... 271

RITA RÖHR

- Ideologie, Planwirtschaft und Akzeptanz
Die Beschäftigung polnischer Arbeitskräfte in Betrieben
des Bezirkes Frankfurt/Oder 283

ANNEGRET SCHÜLE

- „Die ham se sozusagen aus dem Busch geholt.“
Die Wahrnehmung der Vertragsarbeitskräfte aus Schwarzafrika
und Vietnam durch Deutsche im VEB Leipziger Baumwollspinnerei 309

Anhang

JAN C. BEHRENDTS · DENNIS KUCK · PATRICE G. POUTRUS

- Thesenpapier: Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit
in den Neuen Bundesländern 327

- Abkürzungsverzeichnis 334

CHRISTOPH KALTER · MARCEL STRENG

- Bibliographie „Fremde und Fremdsein in der DDR“ 339

- Die Autorinnen und Autoren 373

JÜRGEN DANYEL

Spätfolgen? Der ostdeutsche Rechtsextremismus als Hypothek der DDR-Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur

Sind der Rechtsextremismus und die Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern auf historische Ursachen zurückzuführen, die in der autoritär verfaßten DDR-Gesellschaft und deren defizitärer Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit zu suchen sind? Diese Frage liegt nicht erst seit dem Sommer 2000 in der Luft, als sich die Medien mit einer wahren Sintflut an Berichten und Deutungsversuchen des Themas annahmen. Sie bescheinigten der längst verblichenen DDR erneut eine weit über ihr Ende hinausreichende gesellschaftliche Wirkungsmacht. Der folgende Beitrag beschreibt mögliche Problemfelder und Fragestellungen für einen historiographischen Forschungsansatz, der die DDR-spezifischen Wurzeln des ostdeutschen Rechtsextremismus in den Blick nimmt. Als Voraussetzung dafür werden zunächst die verschiedenen Phasen der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion über die Ursachen der rechten Gewalt in der späten DDR bzw. in den neuen Bundesländern einer kritischen Bilanz unterzogen und die mit ihnen verbundenen politischen Instrumentalisierungen des Themas aufgezeigt. Plädiert wird für einen methodischen Zugriff, der den ostdeutschen Rechtsextremismus als Ergebnis eines Transformationsprozesses begreift, in dem die spezifischen aus der Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur der DDR resultierenden Konditionierungen revitalisiert werden. Letztere werden anhand der Krisensymptome des DDR-Antifaschismus in den achtziger Jahren diskutiert. In den Mittelpunkt des Interesses rückt dabei insbesondere die Frage nach dem mentalen Transfers zwischen den verschiedenen Generationen der DDR-Bevölkerung vor und nach 1989.

Treptow oder die rechte Gefahr als Spielball politischer Interessen

Bereits in der Phase des Zusammenbruchs der DDR provozierten zahlreiche Vorfälle mit rechtsextremistischem und fremdenfeindlichem Hintergrund die Frage, warum die ostdeutsche Gesellschaft mit ihrem antifaschistischen Image so wenig resistent

gegenüber solchen Tendenzen war. Im Verlauf des Herbstes 1989 geriet das Problem mit Berichten über rechten Nationalismus, über häufiger werdende Übergriffe gegen Ausländer und über neonazistische Gruppenbildungen nachdrücklich in das Blickfeld einer breiteren sich von staatlicher Kontrolle emanzipierenden Öffentlichkeit. Der in den alarmierenden Medienberichten deutlich gewordene Dambruch der rechten Gewalt wurde indes schnell zu einem Spielball unterschiedlicher politischer Interessen. Die Wahrnehmung des ostdeutschen Rechtsextremismus war seinerzeit stark durch die innere Dynamik des Auflösungsprozesses der DDR und die divergierenden Haltungen der verschiedenen politischen Gruppen und Parteien zur Frage der deutschen Einheit geprägt. Die rechte Gewalt wurde zu einem politischen Argument, das je nach Bedarf gebraucht wurde. Der schnelle Verschleiß an Personen, Konzepten und Institutionen in diesem Prozeß tat ein übriges, um eine differenzierte Diskussion über die Ursachen dieses Phänomens und praktische Maßnahmen dagegen zu erschweren.

Eine deutliche Zäsur in dieser ersten Phase der öffentlichen Diskussion über den neuen ostdeutschen Rechtsextremismus, der – wie sich schon bald zeigen sollte – so neu nicht war, stellte die Jahreswende 1989/90 dar. Am 28. Dezember 1989 wurden am Sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow Losungen entdeckt, die von Unbekannten mit Farbspray auf die Sarkophage und den Sockel des Hauptdenkmals aufgesprüht worden waren. Sie forderten u. a. „Besatzer raus“, „Volksgemeinschaft statt Klassenkampf“ und „Nationalismus für ein Europa freier Völker“. Der Vorfall erregte beachtliches Aufsehen und sorgte für Beunruhigung. Die SED-PDS, die Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft (DSF) und das Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer beriefen für den 3. Januar 1990 eine „Kampfdemonstration“ unter dem Motto „Jetzt reicht es! Es ist zuviel!“ am Ort des Geschehens ein. Deren Verlauf ließ jedoch schnell erkennen, daß Teile der alten Elite insbesondere aus dem stark in Verruf geratenen Sicherheitsapparat den Vorfall und die Beunruhigung in der Bevölkerung nutzten, um ihre Institutionen u. a. mit dem Ruf nach einem „Verfassungsschutz“ für die DDR zu retten. Seither stand der berechtigte, allerdings nie endgültig bewiesene Verdacht im Raum, die Staatssicherheit selbst hätte bei den Vorfällen in Treptow Regie geführt.¹ Daß das zum „Amt für nationale Sicherheit“ mutierte MfS angesichts der immer lauter werdenden Rufe nach seiner Auflösung versuchte, das Thema Rechtsextremismus für seine Interessen zu nutzen, deutete sich indes schon

1 Dieser Verdacht wurde bereits unmittelbar nach der Kundgebung innerhalb der DDR-Oppositionsbewegung laut. S. dazu u. a. Der Spiegel (2/1990) v. 8. 1. 1990, S. 17, ferner Stefan Wolle, Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989, Bonn 1998. Walter Süß hat darauf hingewiesen, daß sich in den Unterlagen der Gauck-Behörde zahlreiche Belege dafür finden, wie die Staatssicherheit versuchte, den Vorfall in Berlin-Treptow für sich auszunutzen. Hinweise auf eine gezielte Provokation des MfS hätten sich demgegenüber bislang nicht finden lassen. Vielmehr sprächen zahlreiche Indizien dafür, daß es sich um eine Aktion rechter Gruppen aus dem Westen gehandelt habe. S. dazu Walter Süß, Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern, Berlin 1999, S. 688.

früher an. Auf einen der ersten publik gewordenen Vorfälle mit rechtsextremen Hintergrund im Herbst 1989, bei dem ein 14jähriger Lehrling an die Kirche Hochheim in Erfurt antisemitische Parolen geschmiert hatte, reagierte der Präsident des Verbandes der Jüdischen Gemeinden in der DDR Sigmunt Rotstein mit der Forderung, man müsse sich, nachdem solche Vorgänge bislang verschwiegen, verheimlicht und bagatellisiert wurden, endlich danach fragen, „woraus Ermutigungen zu derartigen neonazistischen und rassistischen Handlungen erwachsen“.² Er verlangte Auskunft darüber, wie dieser neonazistische Untergrund in der DDR verfolgt werde, und stellte die Frage in den Raum, ob sich nicht gerade das Ministerium für Staatssicherheit „in dieser Frage dringend umorientieren“³ müsse. Schon kurze Zeit später zeigte sich, daß führende Vertreter der Staatssicherheit diese und gleichlautende Forderungen aufgriffen und sie in ihre Überlebensstrategie einzubauen suchten. So äußerte etwa der Leiter des Geraer Bezirksamtes für Nationale Sicherheit laut einer Meldung des „Neuen Deutschland“ am 11. Dezember 1989 seine Besorgnis über die zunehmende Tendenz neofaschistischer Ausschreitungen. Er verband dies mit der Empfehlung, die Regierung, der Runde Tisch und die Bürger sollten ihre Haltung zu einer unverzüglichen Auflösung der Staatssicherheit noch einmal überdenken.⁴

Aber auch jenseits der unmittelbaren Überlebensinteressen des DDR-Sicherheitsapparates bildete der Hinweis auf die Gefahr von rechts einen wichtigen Bestandteil all jener politischen Argumentationsstrategien, die aus ganz unterschiedlichen Motiven für den Fortbestand einer „erneuerten DDR“ plädierten und sich gegen eine schnelle Vereinigung unter nationalem Vorzeichen richteten. Ähnlich begründete auch die in die Defensive geratene westdeutsche Linke ihre Vorbehalte gegen die sich abzeichnende deutsche Vereinigung.⁵ Das Abdriften der ostdeutschen Wendestimmung in die nationale Euphorie und die Vorfälle rechtsextremer Gewalt wurden in diesen Konstrukten der Abwehr undifferenziert zur Gefahr eines „Vierten Reiches“ stilisiert. Die Karte des „Antifaschismus“ blieb also auch in dieser Zeit der letzte Trumpf, der sich zur Legitimation der DDR ausspielen ließ.

Bis zu jener „gespenstischen Veranstaltung“ (Walter Süß) am 3. Januar 1990 in Berlin-Treptow schien es, als ob angesichts nationaler Euphorie und rechter Gefahr immer noch ein „antifaschistischer Konsens“ zwischen der SED-PDS, den Blockparteien und den verschiedenen Gruppierungen der Bürgerbewegung möglich wäre. Nachdem die Modrow-Regierung am 14. Dezember 1989 die Bildung eines Nachrichtendienstes und eines Verfassungsschutzes in Aussicht gestellt hatte, spitzten sich am Zentralen Runden Tisch die Gegensätze in der Frage „Staatssicherheit – und wie weiter?“ erheblich zu. Demgegenüber konnten sich alle beteiligten Gruppen und Parteien in

2 Vgl. Neues Deutschland v. 9. 11. 1989.

3 Ebenda.

4 Vgl. Neues Deutschland v. 11. 12. 1989.

5 Vgl. Der Spiegel (8/1990) v. 19. 2. 1990, S. 52 f.

der Sitzung des Gremiums am 27. Dezember noch ohne größeren Dissens auf eine „Erklärung zu den neofaschistischen Tendenzen in der DDR“ einigen.⁶ Mit der auf Initiative der NDPD zustande gekommenen Stellungnahme wandten sich die Teilnehmer des Runden Tisches „gegen jede Art neofaschistischer Aktivitäten“ und forderten dazu auf, „das antifaschistische Klima in der DDR zu bewahren und unmißverständlich zu stärken“.⁷ Auf die Ursachen des Phänomens wurde indes weder in der einstimmig verabschiedeten Erklärung noch in der vorangegangenen Diskussion einzelner Passagen des Papiers eingegangen.

Nach der Treptower Kundgebung wurde jedoch sehr schnell klar, daß auch die Tage des Antifaschismus als kleinstem gemeinsamen Nenner der unterschiedlichen politischen Kräfte in der zerfallenden DDR gezählt waren. Trotz aller Erneuerungsversuche hatte er an jenem Abend am Fuße des sowjetischen Ehrenmals erneut die ihm jahrelang von der SED auf den Leib geschriebene Rolle des Legitimationsbeschaffers für das nunmehr ins Wanken geratene Herrschaftssystem und die mit ihm verbundenen Eliten gespielt. Die Möglichkeit, daß sich die alten Herrschaftsstrukturen reorganisieren könnten, hatte mit diesem Mobilisierungsversuch erneut „eine provozierende physische Präsenz“ bekommen.⁸ Diese Entzauberung wirkte nachhaltig und mobilisierte erneut die Opposition. Auf westlicher Seite verfestigte sich die Befürchtung, bei dem von vielen Ostdeutschen später immer wieder als unverzichtbares Mitbringsel thematisierten Antifaschismus handle es sich um ein Trojanisches Pferd alter SED- und Stasi-Seilschaften. Hinzu kam, daß sich das Szenario des ostdeutschen Rechtsextremismus auf westlicher Seite nicht nur von der politischen Linken funktionalisieren ließ. Er konnte ebenso sehr als ein offenkundiger Beleg dafür genommen werden, wie weit der innere Zerfall der DDR und ihres Wertesystems fortgeschritten war und wie wenig Alternativen es daher zu einer schnellen Vereinigung gebe. All diese Umstände schwächten nachhaltig die Abwehrpotentiale der ostdeutschen Gesellschaft gegen rechtsextreme und fremdenfeindliche Tendenzen. Die aus dem antifaschistischen Staat entlassenen Kinder waren kaum noch zu bändigen und avancierten zum Dauerproblem der Vereinigungsgesellschaft.⁹

6 Vgl. Uwe Thaysen (Hrsg.), *Der Zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokoll und Dokumente* (5 Bde.), Bd. 1: *Aufbruch*, Wiesbaden 2000, S. 250.

7 Vgl. ebenda, S. 253.

8 Vgl. *Der Spiegel* (4/1990) v. 22. 1. 1990, S. 76.

9 „Der antifaschistische Staat entläßt seine Kinder“ lautete der Titel eines von Karl-Heinz Heine mann und Wilfried Schubarth 1992 herausgegebenen Studienbandes zu *Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland*.

Verspätete Erklärungsversuche

Jenseits von politischem Kalkül und der Vielzahl eher hilflos und ohnmächtig anmutender Appelle gegen die Gefahr von rechts kam es in der Zeit des Umbruchs 1989/90 jedoch auch erstmalig zu einer öffentlich geführten Diskussion über die möglichen Ursachen dieser Erscheinungen. Das Problem wurde endlich enttabuisiert und nunmehr als ein eigenes Problem der DDR-Gesellschaft wahr- und angenommen. Dies gehört zu den wichtigen, von der Bewegung für mehr Demokratie und Öffentlichkeit bewirkten gesellschaftspolitischen Veränderungen. Allerdings zeigte sich sehr schnell, wie sehr nahezu alle Beteiligten noch in den jahrzehntelang von der SED vorgegebenen Erklärungsmustern befangen waren. Nach wie vor betonten die meisten Erklärungsversuche den Transfer rechter Ideologie, Organisationsmuster und rechten Personals aus der Bundesrepublik, wobei verstärkend auf die nunmehr vorhandene Freizügigkeit verwiesen wurde. Die alte These vom Neofaschismus als einem Phänomen des Westens erhielt durch die in der Tat kaum zu übersehenden Aufbauaktivitäten rechtsextremer Parteien und Gruppierungen im Osten neue Nahrung. Deren Auftauchen bei den Leipziger Montagsdemonstrationen und die seitdem zu beobachtende Flugblatt-, Broschüren- und Plakatschwemme waren besonders augenfällig. Entsprechend hoben auch die Berichte der DDR-Medien über rechtsextreme und fremdenfeindliche Aktivitäten in der Wendezeit besonders jene Indizien hervor, die einen solchen Transfer zu belegen schienen: Die Täter hätten sich als „Sympathisanten der Republikaner“ zu erkennen gegeben und die von ihnen benutzten Tatwaffen „in der BRD“ gekauft.¹⁰ Die Import- bzw. Transferthese, mit der SED, FDJ, Polizei und MfS bereits die Etablierung einer eigenen Skinhead- und Neonaziszene in der DDR und deren Übergriffe ab Mitte der achtziger Jahre verkannt bzw. bewußt heruntergespielt hatten, wurde somit 1989/1990 in einer modifizierten Form beibehalten. „Nazis raus“ lautete folgerichtig die Standardparole der Gegendemonstranten. Grundlegend verändert hatte sich jedoch inzwischen die Perspektive auf die DDR. Letztere wurde nunmehr als ein Staat bzw. eine Gesellschaft wahrgenommen, die sich bereits seit längerem in einem Zustand der Krise und des inneren Zerfalls befand und damit besonders aufnahmefähig und anfällig für solche Einflüsse war. Die am 28. Dezember 1989 auf einer Pressekonferenz des DDR-Innenministeriums vorgestellte Dokumentation zum Auftreten und den Erscheinungsformen von Rechtsextremismus und Neofaschismus in der DDR spiegelt diese Ambivalenz sehr deutlich.¹¹ Sie basierte im

10 Vgl. Neues Deutschland v. 3. 1. 1990.

11 Die Studie wurde den anwesenden Journalisten auf der Pressekonferenz übergeben. Eine Zusammenfassung wurde unter dem Titel „Hintergründe einer wachsenden Gefahr. Neofaschisten und Rechtsradikale – wer sie sind, und wie sie auftreten“ am 3. 1. 1990 im Neuen Deutschland veröffentlicht. Der Text der Studie „über Erkenntnisse der Kriminalpolizei zu neofaschistischen Aktivitäten in der DDR“ ist abgedruckt in: Klaus Kinner/Rolf Richter (Hrsg.), Rechtsextremismus und Antifaschismus. Historische und aktuelle Dimensionen, Berlin 2000, S. 273–293.

wesentlichen auf den Untersuchungen eines 1988 an der Sektion Kriminalistik der Humboldt-Universität im Auftrag der Kriminalpolizei begonnenen soziologischen Forschungsprojekts,¹² dessen Ergebnisse bis zum Herbst 1989 weitestgehend unter Verschluss blieben. Die Material- und Quellenbasis für dieses Forschungsprojekt bildeten die Akten von 50 Strafverfahren, die zwischen 1987 und 1989 an DDR-Gerichten wegen rechtsextremer und fremdenfeindlicher Delikte durchgeführt wurden sowie die in diesem Zusammenhang durchgeführten Befragungen von Beschuldigten und Zeugen. In der genannten Dokumentation vom Dezember 1989 wurde darauf verwiesen, daß solche Tendenzen in der DDR-Gesellschaft bereits Anfang der achtziger Jahre zu beobachten waren, als es zur Herausbildung einer organisierten Skinheadszene kam. Die Geschichte des ostdeutschen Rechtsextremismus hatte also bereits lange vor den Ereignissen um die Berliner Zionskirche begonnen. Hinsichtlich der Ursachen wurde auf „gesellschaftliche Probleme unseres Landes“ verwiesen, die sich seit Beginn der achtziger Jahre zugespitzt hätten. Dazu zählte die Dokumentation solche Problemfelder wie das Arbeitsverhalten, Fragen der nationalen Identität, Minderwertigkeitsgefühle der DDR-Bürger im Ausland, Konsumdefizite und fehlende Betätigung- und Bestätigungsfelder in der Gesellschaft.¹³ Endgültig vom Tisch war damit die für das offizielle Selbstbild des antifaschistischen Staates konstituierende These von der Immunität der DDR gegen jegliche Einflüsse von rechts, an die spätestens nach den rechtsextremistischen Übergriffen auf die Berliner Zionskirche 1987 ohnehin kaum noch jemand geglaubt hatte. Den Anfang der achtziger Jahre entstandenen und relativ gut organisierten Skinheadgruppierungen seien, so die Dokumentation, neofaschistische Orientierungen „eingepflanzt“ worden. Diese „Implantation“ habe sich über die Kontaktaufnahme zu rechtsradikalen Organisationen im Westen vollzogen, wobei ausgewählte bzw. aus der Haft freigekaufte ostdeutsche Skinheads als Mittler fungiert hätten. Somit blieb auch für diesen Erklärungsansatz die Transferthese zentral, deren gesellschaftskritische Diktion jedoch die vormalige Externalisierung des Problems überwand. Demgegenüber spielte die Frage, ob nicht auch die Defizite und Widersprüche im Umgang der DDR mit der nationalsozialistischen Vergangenheit zu den direkten Ursachen dieser Erscheinungen gehörten, kaum eine Rolle. Ob die gewaltbereiten Jugendlichen in der rechten Szene nicht auch von mentalen Dispositionen

12 Zur Geschichte dieses Projektes s. Walter Süß, *Zur Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS. Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR*, Berlin 1996, S. 33 ff. (= Reihe B, *Analysen und Berichte*; 2/96); Frank Neubacher, *Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland*, Bonn 1994, S. 80 ff. S. auch Loni Niederländer, *Zu den Ursachen rechtsradikaler Tendenzen in der DDR*, in: *Neue Justiz* 12 (1990), H. 1, S. 16 ff. Die Autorin, bis 1989 Professorin am Institut für Soziologie der Humboldt-Universität, war mit der Durchführung dieses Forschungsprojekts an der Sektion Kriminalistik betraut.

13 Vgl. *Dokumentation im Neuen Deutschland* v. 3. 1. 1990.

und sozialen Stereotypen geprägt waren, die aus der NS-Zeit stammend in der DDR überlebt hatten, innerhalb der Generationen weitergereicht bzw. von der SED-Politik bedient bzw. revitalisiert wurden, war zu diesem Zeitpunkt noch kein Thema. Der in der Dokumentation auftauchende Hinweis, daß sich bei der ostdeutschen Skinhead-Szene kein „Direktbezug zu Kriegsverbrechern und Altnazis“¹⁴ erwiesen habe, mag zwar für manchen beruhigend gewirkt haben, verkannte aber gründlich das eigentliche Problem. Der Antifaschismus – nunmehr befreit von Ritualisierungen und Geschichtsfälschungen – wurde immer noch als Lösung und nicht als ein Teil des Problems begriffen, weshalb er bei der Analyse außen vor blieb.

In mehrfacher Hinsicht handelte es sich bei diesen Ansätzen zu einer Ursachenforschung in der Zeit der Wende um eine nachholende Diskussion, die eigentlich spätestens Mitte der achtziger Jahre fällig gewesen wäre. Sie wurde seinerzeit von der SED-Führung, dem Komitee der Widerstandskämpfer und den Jugendorganisationen immer wieder verhindert und, als dies 1987 nicht mehr möglich war, schnell kanalisiert. Der Ende 1989/Anfang 1990 eingetretene Schock angesichts einer in der Dimension neuen rechten Gefahr spülte jenes Material aus den Schubladen und Panzerschränken, das jenseits der offiziellen Denkverbote bzw. unter Ausschluß der Öffentlichkeit in verschiedenen DDR-Institutionen zum Problemkreis Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit entstanden war. Dies galt gleichermaßen für die bis zur Wende der Geheimhaltung unterliegenden Untersuchungen des Leipziger Instituts für Jugendforschung. Publik wurde nun u. a. die von diesem Institut 1988 durchgeführte Studie „zum Geschichtsbewußtsein Jugendlicher“. Deren Ergebnisse hatten neben dem Scheitern der antifaschistischen Erziehung auch dramatische Veränderungen bei den Anschauungen von DDR-Jugendlichen über die Zeit des Nationalsozialismus bis hin zu seiner Verharmlosung bestätigt.¹⁵

Diese Offenlegung der Probleme und ihrer Vorgeschichte geschah buchstäblich im allerletzten Moment und kam zu spät. Das bislang weggeschlossene Wissen über die Ursachen bestätigte wie viele andere „Offenbarungen“ in dieser Zeit eher, wie weit der innere Zerfall der DDR bereits seit Mitte der achtziger Jahre vorangeschritten war, als daß es sich für Sofortstrategien in der komplizierten Wendesituation nutzen ließ. Bereits im Sommer 1989 hatte der Filmemacher und Bürgerrechtler Konrad Weiß den Finger in die Wunde gelegt und die verdrängte Geschichte des DDR-Rechtsextremismus in den achtziger Jahren publik gemacht. Der in der informellen Zeitschrift „KONTEXT. Beiträge aus Politik, Gesellschaft und Kultur“ erschienene

14 Ebenda.

15 S. dazu Wilfried Schubarth/Thomas Schmidt, „Sieger der Geschichte“. Verordneter Antifaschismus und die Folgen, in: Karl-Heinz Heinemann/Wilfried Schubarth (Hrsg.), Der antifaschistische Staat entläßt seine Kinder. Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland, Köln 1992, S. 12–28, hier 18 ff.

Artikel¹⁶ erregte beträchtliches Aufsehen, sein Inhalt sprach sich schnell herum und wurde auch durch die Medien in der Bundesrepublik aufgegriffen.¹⁷ Die zunehmend von einer Art politischem Altersstarrsinn geprägte SED-Führung reagierte auch hier wieder mit ihren üblichen Blockademustern.

Der ostdeutsche Rechtsextremismus als Problem der Vereinigungsgesellschaft

Die deutsche Vereinigungsgesellschaft erlebte nach 1990 mehrere Wellen rechtsextremer und fremdenfeindlicher Gewalttaten, wobei sich die neuen Bundesländer zu einem eindeutigen Schwerpunktgebiet entwickelten, in dem eine neue Dimension der Gewaltbereitschaft sichtbar wurde. Die Zahlen der jährlichen Statistiken über Straftaten mit rechtsextremem und fremdenfeindlichem Hintergrund sprechen hier eine deutliche Sprache: Bei einer Bevölkerungsverteilung von 79 % im Westen und 21 % im Osten stammte, gemessen an den Zahlen des Jahres 2000, die Hälfte der gewaltbereiten Rechtsextremisten aus den neuen Ländern und nicht anders sieht das Bild bei den entsprechenden Gewalttaten aus.¹⁸ In vielen Regionen der neuen Länder konnte die rechte Szene eine alltagskulturelle Dominanz erlangen. Lediglich rund 20 % der vorwiegend jugendlichen Täter sind arbeitslos, was die immer wieder anzutreffende ostdeutsche Schutzbehauptung, die Gewalt und der Fremdenhaß in den neuen Ländern seien ein Produkt der flächendeckenden Abwicklung oder gar des Kapitalismus, nicht völlig vom Tisch wischt, aber deutlich relativiert.

Der Rechtsextremismus und die Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern resultieren aus einer Ursachenkonstellation, die hinter die kurze Geschichte der deutschen Vereinigungsgesellschaft in die gesellschaftlichen und vergangenheitspolitischen Konstellationen der DDR zurückweist. Diese Vermutung durchzog bereits die ersten empirischen Untersuchungen zu ausländerfeindlichen und rechtsextremen Orientierungen bei ostdeutschen Jugendlichen, die kurz nach der Vereinigung im Dezember 1990 von den Leipziger Jugendforschern um Walter Friedrich in Sach-

16 Vgl. Konrad Weiß, Die neue alte Gefahr. Junge Faschisten in der DDR, in: KONTEXT. Beiträge aus Politik, Gesellschaft und Kultur 2 (1989), H. 5; Neuabdruck in Torsten Metelka (Hrsg.), „alles ist im untergrund obenauf“. eine auswahl aus KONTEXT 1-7, Berlin 1990. S. auch Wolfgang Wolf, Die neue alte Gefahr. Zum Beitrag von Konrad Weiß, in: KONTEXT 2 (1989), H. 6; Ralf Schluckwerder, Die neue alte Gefahr. Weitere Aspekte zum Überlegungsangebot von Konrad Weiß und Wolfgang Wolf, in: KONTEXT 2 (1989), H. 7.

17 Vgl. Konrad Weiß, Die braune Staffette, in: ZEIT-Magazin v. 30. 6. 1989, S. 40 ff.

18 Vgl. dazu u. a. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Rechtsextremismus in Deutschland. Ein Lagebild zu Beobachtungsschwerpunkten des Verfassungsschutzes (Stand Oktober 2000), Berlin 2000, S. 34. Auch in der Folgezeit hat sich an dieser Situation kaum etwas geändert. Vgl. dass. (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2000, Berlin 2001, S. 34.

sen durchgeführt wurden. Danach deuteten sich bestimmte Verschiebungen in den Stereotyp-Mustern von DDR-Jugendlichen gegenüber Ausländern bereits in den siebziger Jahren an, um sich dann massiv in den achtziger Jahren durchzusetzen.¹⁹ Diesen in die DDR-Geschichte verweisenden Spuren wurde allerdings in der ersten Hälfte der neunziger Jahre kaum nachgegangen. Das Problem der rechten und fremdenfeindlichen Gewalt blieb im Bereich der Wissenschaft lange Zeit eine Domäne der Soziologen, Psychologen und Extremismusforscher. Auch die historische DDR-Forschung richtete das Gros ihrer stetig wachsenden Kapazitäten vor allem auf die frühe Phase der SBZ/DDR und bewegte sich im Bann der Gretchenfrage nach dem Diktaturcharakter der DDR. Im Mittelpunkt der zahlreichen nach 1990 erschienenen Untersuchungen, die sich kritisch mit der Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur der DDR beschäftigten, stand zunächst die Frage nach dem legitimatorischen Charakter des ostdeutschen Antifaschismus.²⁰ Neben der politischen Funktion des Antifaschismus für das SED-Herrschaftssystem rückte vor allem dessen größte Hypothek in das Blickfeld – die versäumte Auseinandersetzung mit dem Holocaust als in seiner Art einzigartigem historischen Verbrechen des Nationalsozialismus. Aufzuarbeiten waren die bis 1989 in der DDR tabuisierte Geschichte der sowjetischen Speziallager, die Entschädigungspraxis der DDR gegenüber verschiedenen Opfergruppen und die kurze Geschichte der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN). Letztere drohte zum Gegenstand einer politischen Mythenbildung zu werden, die die DDR nachträglich mit dem Hinweis auf die guten Anfänge nach 1945 zu rehabilitieren suchte. Hinzu kamen die zum Teil hitzig und unter großer öffentlicher Beteiligung geführten Debatten über Denkmäler, Straßennamen, die Neugestaltung der Gedenkstätten oder die Rolle der sogenannten roten Kapos im Konzentrationslager Buchenwald. Zwar wurden auch schon innerhalb dieses Themenkanons solche Fragen wie die nach mentalen Kontinuitäten der DDR-Gesellschaft zum Nationalsozialismus, deren Abschottungstendenzen gegenüber allem Fremden oder die nationalstaatlich geprägte ostdeutsche Identität berührt. Zum Gegenstand eigenständiger Untersuchungen wurden sie allerdings nur in wenigen Pionierarbeiten erhoben. In dem sich die historische DDR-Forschung ab Mitte der neunziger Jahre zunehmend ausdifferenzierte und sich auf den Feldern der Alltags-, Erfahrungs-, Mentalitäts- und Kulturgeschichte profilierte, rückten die genannten Problemfelder stärker als bisher in das Blickfeld der Historiker.

19 Vgl. Walter Friedrich/Wilfried Schubarth, Ausländerfeindliche und rechtsextreme Orientierungen bei ostdeutschen Jugendlichen. Eine empirische Studie, in: Deutschland Archiv (DA) 24 (1991), H. 10, S. 1052–1065.

20 S. dazu ausführlicher Jürgen Danyel, DDR-Antifaschismus: Rückblick auf zehn Jahre Diskussion, offene Fragen und Forschungsperspektiven, in: Annette Leo/Peter Reif-Spirek (Hrsg.), Vielstimmiges Schweigen. Neue Studien zum DDR-Antifaschismus, Berlin 2001, S. 7–20.

Die „Sommerloch-Debatte“ 2000 oder die Suche nach den historischen Wurzeln

Die im Sommer 2000 in den Medien geführte Debatte über DDR-spezifische Wurzeln von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in den neuen Ländern hat die Dringlichkeit einer historischen Ursachenforschung noch einmal nachdrücklich bestätigt. Zugleich hat sich gezeigt, daß sich die historische DDR-Forschung dabei trotz wachsender Distanz zum untersuchten Geschehen, fast wie in ihren stürmischen Kindertagen unmittelbar nach 1989, in einer verminten Landschaft bewegt. Sie agiert in einem Umfeld divergierender politischer Interessen und Betroffenheiten, in einer Situation, in der eine ratlose Gesellschaft nach schnellen Erklärungen lechzt, deren Halbwertszeit kaum länger ist als die Zeitspanne zwischen den sich überschlagenden Ereignissen. Allerdings kann sich die um Unabhängigkeit bemühte historische Ursachenforschung nicht einfach aus den immer wieder auflodernden öffentlichen Debatten heraushalten. Dies gilt, obwohl sich stets zeigt, daß der kurze Atem des sich verbreitenden medialen fast foods mit den Differenzierungsangeboten von Soziologen, Politologen oder Historikern mitunter äußerst gewalttätig umgeht. Die Rezeption des von Patrice G. Poutrus, Jan C. Behrends und Dennis Kuck vorgelegten Thesensapiers zu den „Historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern“²¹ in den Medien hat dies ein weiteres Mal bestätigt. Hinzu kommt, daß auch die Historiker selbst, die nach historischen Ursachen von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit forschen, je nachdem, wie und wo sie sozialisiert wurden, ihre eigene Betroffenheit mitbringen und zu reflektieren haben.

Der Verlauf der genannten „Sommerloch-Debatte“ in den Medien war jedoch nicht allein durch die Forschung nach den Ursachen für bedrückende Vorgänge von Gewalt und Intoleranz geprägt, sondern geriet zu einem Nebenschauplatz des inneren Ost-West-Konflikts. Das Thema der „Fremdheit“ zwischen Deutschen und Ausländern wurde dabei zu einer Projektionsfläche für diesen Konflikt. Letzter wird durch eine Konstellation der deutschen Vereinigungsgesellschaft bestimmt, in der sich auch Ost- und Westdeutsche wechselseitig als „fremd“ wahrnehmen. Diese Überlagerung führte notwendig in die Sackgasse von Klischees und Stereotypen. So schien das Thema der rechten Barbarei im Osten manch einem im Westen endlich eine Möglichkeit zu bieten, auf politisch korrekte Weise seinem Unbehagen über die Anderen da drüben Luft zu machen. Anders als bei der Kolonisierungs- und Überheblichkeitsschelte hatte nun das westliche Unbehagen und Unverständnis gegenüber den neuen Bundesländern wieder die Moral auf seiner Seite.

21 Vgl. Jan C. Behrends/Dennis Kuck/Patrice G. Poutrus, *Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) B 39* (2000), S. 15–21.

Gegen diese Sicht, für die die DDR als Ganzes wiederum zur Hypothek geworden war, formierte sich auf östlicher Seite die altbekannte Abwehrfront. Die frustrierende Erfahrung, nun auch in Sachen rechter Gewalt den „Schwarzen Peter“ zugeschoben zu bekommen, führte bei vielen Ostdeutschen dazu, daß sie sich einmal mehr und mit zunehmender Selbstgerechtigkeit und Wehleidigkeit einer notwendigen Diskussion darüber entzogen, welche mentalen Folgewirkungen aus der Sozialisation im Realsozialismus resultierten. Angesichts rechter Gewalt und Ausländerfeindlichkeit ist ein solch trotziges Sich-Zurückziehen in den Schmollwinkel ostdeutscher Befindlichkeit indes besonders bedenklich: Das Problem nicht als eigenes zu akzeptieren kann der erste Schritt dazu sein, es billigend in Kauf zu nehmen. In dieser Diktion – und man konnte dies als Argument auch häufig hören – waren dann die rechten Schläger ein unschönes aber probates Mittel, mit dem der abgewinkelte Osten auf seine Problemlage aufmerksam macht.

Eine differenzierte Aufarbeitung dessen, was da im Umgang mit dem „Eigenen“ – sprich der nationalsozialistischen Vergangenheit – und mit dem(n) „Fremden“ falsch gelaufen ist im Staat des Antifaschismus und Internationalismus wird insofern nicht zum Nulltarif zu haben sein. Es war und bleibt der härteste Vorwurf, den man einer deutschen Gesellschaft nach 1945, und sei sie nun schon über zehn Jahre vom Winde verweht, machen kann, wenn man ihr bescheinigen muß, daß sie den Bruch mit der NS-Vergangenheit, mit Rassismus und nationaler Selbstüberschätzung nur halbherzig vollzogen hat.

Die Frage, inwiefern der offizielle Antifaschismus der DDR nicht in der Lage war, die rassistischen und nationalen Stereotypen des Nationalsozialismus aus dem Wertekanon der Bevölkerung zu tilgen und dies fremdenfeindliche Einstellungen der Ostdeutschen gefördert haben könnte, fordert zu einer neuerlichen Evaluierung der DDR-Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur heraus. Weit stärker als bei bisherigen Untersuchungen zum DDR-Antifaschismus verweist diese Fragestellung auf das äußerst schwierige Terrain der mentalen Dispositionen, Sozialisationsmuster und Werteaushalte von Individuen, bestimmter sozialer Gruppen und einzelner Generationen der DDR-Bevölkerung.

Die besondere ostdeutsche Konstellation

Um die historischen Komponenten in dem sehr komplexen Ursachenbündel, das rechts-extreme und fremdenfeindliche Einstellungen und Handlungen generiert, möglichst differenziert zu gewichten, bedarf es zunächst einiger Klarstellungen. In der öffentlichen Diskussion geriet die Anregung der Historiker, auch über historische Ursachen von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zu reden, sehr schnell zur allein selig machenden Erklärung des Phänomens. Um dieser Denkfalle, die einzelne Kom-

ponenten eines multikausalen Zusammenhangs überbewertet, zu entgehen, empfiehlt es sich, von einer *besonderen ostdeutschen Konstellation bei Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus* zu sprechen. Damit könnte man die Erklärungsversuche für die aus der DDR-Geschichte resultierenden Faktoren offenhalten, ohne sich den Blick auf die Tatsache zu versperren, daß es auch Elemente des Phänomens gibt, die aus der isolierten Betrachtung der neuen Bundesländer und ihrer Vorgeschichte nicht zu erklären sind, von den Wechselwirkungen zwischen rechter Szene im Westen und im Osten ganz zu schweigen. Diese existierten in einem durch die innerdeutsche Grenze und die staatliche Repression begrenzten Umfang bereits vor 1989 und prägten nach 1990 entscheidend die Entwicklung der rechten Szene in Deutschland. Dabei wurden Ressourcen und Ideologie, Habitus und Mode von West nach Ost transferiert, während auf der anderen Seite nach 1989 ein „Gewalttransfer“ von Ost nach West stattgefunden hat.²²

Jenseits eines vordergründigen Moralisiertens über die unbewältigte nationalsozialistische Vergangenheit wäre der ostdeutsche Rechtsextremismus viel stärker als ein *Phänomen der Transformation* der ostdeutschen Gesellschaft zu begreifen. Zugrundegelegt wird dabei ein Verständnis von Transformation, daß die historischen Voraussetzungen der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Neukonstruktion der ostdeutschen Gesellschaft nach 1990 in den Blick nimmt. Es geht um einen offenen Ansatz, für den der Ausgang der intendierten Veränderungen nicht schon festgelegt ist, einen Ansatz, der die Blockaden und Gefährdungen dieses Prozesses untersucht, die Dispositionen der verschiedenen Akteursgruppen analysiert und nach der Funktionsfähigkeit der im Osten neu implementierten Institutionen fragt.

Peter Reif-Spirek hat in einem polemischen Aufsatz mit dem Titel „Der Rechtsextremismus und das Sommerloch“ zu Recht darauf hingewiesen, daß die neue Qualität des ostdeutschen Rechtsextremismus in einem „spezifischen politischen Interaktionszusammenhang“ besteht, „in dem hohe Gewaltbereitschaft, fremdenfeindliche Einstellungen in breiten Bevölkerungsschichten und ‚leere Institutionen‘ zusammenwirken.“²³ Die Demokratie in den neuen Bundesländern existiere zwar als Rechts- und Verfassungssystem, nicht aber als lebendige politische Kultur. Institutionen und Organisationen seien „leer“, weil ihnen der Unterbau entsprechender sozialer und kultureller Traditionen fehle. Wenn bereits im Westen die Milieus erodierten, die Institutionen und Organisationen tragen, würden diese nach ihrem Transfer in den Osten völlig im luftleeren Raum hängen.²⁴

Ein solches Herangehen würde es ermöglichen, jene symbiotische Beziehung zwischen historischen Kontinuitätsmomenten und strukturellen Brüchen zu beschreiben,

22 Vgl. Werner Bergmann/Rainer Erb, *Neonazismus und rechte Subkultur*, in: dies. (Hrsg.), *Neonazismus und rechte Subkultur*, Berlin 1994, S. 7 ff., hier S. 9.

23 Vgl. Peter Reif-Spirek, *Der Rechtsextremismus und das Sommerloch. Oder: Wie man ein Problem umdeutet, indem man es öffentlich bespricht*, in: *Journal der Jugendkulturen* 2 (2000), H. 2, S. 27–36, hier S. 28.

24 Ebenda.

die auch für den ostdeutschen Trend nach Rechts konstituierend gewirkt hat. Im Verlauf der Transformation in den neuen Bundesländern griffen verschiedene Prozesse ineinander, von denen jeder für sich jeweils eigene Entstehungsbedingungen für rechts-extreme und fremdenfeindliche Potentiale in sich barg. Spätestens Mitte der achtziger Jahre begann in der DDR eine Phase der Stagnation und der inneren Erosion. Zu den damit verbundenen Krisensymptomen zählte auch die Herausbildung einer rechtsextremen Szene. Dieser schleichende Zerfall mündete in eine Umbruchsphase, in der die bereits angeschlagenen Institutions- und Wertesysteme des SED-Staates unter dem Druck der Demokratiebewegung vollends zusammenbrachen. Daraus ergaben sich völlig neue Handlungs- und Interaktionsmöglichkeiten für die bereits vorhandenen rechtsextremen Gruppen, zumal sie in einem gesellschaftlichen Klima agierten, das vom Emanzipatorischen ins Nationale driftete. Die deutsche Vereinigung wurde von einem in seiner Dimension einzigartigen Restrukturierungs- und Modernisierungsprozeß begleitet, der weitreichende Folgen für individuelle Lebensentwürfe hatte und massiv in die sozialen Strukturen und Milieus in den neuen Bundesländern eingriff. Die aus einer geschlossenen „Fürsorgediktatur“ kommenden Menschen wurden mit einer offenen pluralistischen Konkurrenzgesellschaft konfrontiert. Ihre Anpassungsprobleme waren nicht nur wirtschaftlicher Natur. Die damit verbundenen Verlusterfahrungen und sozialen Ängste artikulierten sich je nach Generationszugehörigkeit sehr unterschiedlich und blieben oft diffus. Im Alltagsbewußtsein avancierten bei vielen Ostdeutschen der dominierende Westen und die als Bedrohung empfundene bzw. zur Bedrohung stilisierte Zuwanderung zu bevorzugten Erklärungsmustern der eigenen Existenzängste. Die daraus resultierenden Einstellungs- und Handlungsmuster reichen von der „Ostalgie“ über ein unkalkulierbares und für den Westen zunehmend rätselhaftes Protestwahlverhalten, von der Distanz gegenüber dem westlichen Institutionen- und Parteiensystem bis hin zur jugendlichen Gewaltbereitschaft. Während sich die Entstehung einer rechten Szene in der späten DDR kaum mit den auf westliche Gesellschaften bezogenen Theorieansätzen erklären läßt, könnte man den neuerlichen Anstieg der rechten Gewalt nach 1990 durchaus im Sinne des alten sozio-ökonomischen Erklärungsansatzes deuten.²⁵ Der ostdeutsche Trend nach rechts wäre demnach auch der Ausdruck einer „pathologischen“ Verarbeitung von Wandlungsprozessen, der „autoritäre Persönlichkeitsstrukturen“ auf der einen und eine „rechte Philosophie“ auf der anderen Seite voraussetzt.²⁶ Sich mit den historischen Ursachen von Rechts-extremismus und Fremdenfeindlichkeit auseinanderzusetzen hieße demnach, jene spezifische, aus der Geschichte der DDR resultierende soziale und mentale Konditionierung der Ostdeutschen zu untersuchen, mit der diese auf die bereits genannten Wandlungsprozesse reagiert haben. Die im Bereich der Extremismusforschung im-

25 Einen Überblick über die verschiedenen Erklärungsansätze für Rechtsextremismus liefert u. a. Thomas Lillig, *Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern. Erklärungsansätze, Einstellungspotentiale und organisatorische Strukturen*, Mainz 1994, S. 24 ff.

26 Ebenda.

mer wieder angemahnte Synthese der verschiedenen Erklärungsansätze gilt mit Blick auf den geschilderten Überlagerungseffekt verschiedener Entwicklungen besonders für die neuen Bundesländer. Noch viel wichtiger dürfte hier allerdings die Implementierung einer zeithistorischen Forschungsperspektive sein. Zu deren Themenspektrum würden neben den „historischen Bedingungen des Umgangs mit und der Wahrnehmung von ‚Fremden‘ in der ehemaligen DDR“ auch die Frage nach den individuellen, gruppen- und generationsspezifischen sowie staatlich vorgegebenen Verarbeitungs- und Verdrängungsformen der nationalsozialistischen Vergangenheit gehören.

Insgesamt wäre mit einem solchen Ansatz einer historisch fundierten Transformationsforschung auch die Sackgasse falscher Alternativen verlassen, die den Rechtsextremismus und die Fremdenfeindlichkeit in den neuen Ländern je nach Bedarf mal als Folge von Arbeitslosigkeit, Abwicklung und Degradierung beschreibt, mal allein das Versagen des DDR-Antifaschismus für das Phänomen verantwortlich macht.

Alle Deutungsversuche, die die rechte Gewalt und den Fremdenhaß in den neuen Ländern mit dem Fortwirken von DDR-Prägungen, etwa durch die antifaschistische Sozialisation, die geschlossene Gesellschaft oder einen sozialistisch verbrämten Nationalismus, in Verbindung bringen, müssen allerdings erklären, auf welchem Wege die mehrheitlich jüngere Trägergeneration des ostdeutschen Rechtsextremismus, die die DDR bestenfalls in ihrer Schlußphase erlebt hat, diese Prägungen vermittelt bekommen hat.²⁷ Dazu muß erstens viel stärker als bisher das soziale und familiäre Umfeld dieser auf rechte Abwege geratenen Jugendlichen in den Blick genommen werden. Zu fragen wäre nach den DDR-spezifischen mentalen Prägungen der Eltern- und der Großelterngeneration, um dann jene Wertetransfers zu untersuchen, die zwischen den Generationen unmittelbar vor und nach der Umbruchssituation stattgefunden haben und weiter stattfinden.

Zweitens darf nicht nur einfach die mentale Konditionierung der DDR, etwa hinsichtlich des Umgangs mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, konstatiert werden, sondern es ist darüber hinaus danach zu fragen, wie diese Konditionierung in der Phase des Umbruchs und der sich anschließenden Transformation der ostdeutschen Gesellschaft überdauern konnte, modifiziert, revitalisiert oder vielleicht sogar verstärkt wurde. Es geht dabei um jenen Prozeß, der in der Soziologie gemeinhin als „mentaler Wandel“ bezeichnet wird.

27 Nach Armin Pfahl-Traughber ist der Hinweis auf das jugendliche Alter der meisten Täter kein Argument gegen die These, daß der ostdeutsche Rechtsextremismus auch durch das „Fortleben bestimmter Bestandteile der politischen Kultur der DDR“ verursacht wird. Diese Mentalitäten hätten vielfach Eltern und soziales Umfeld weiter sozialisiert. Dem ist zuzustimmen, wobei ein solcher Transfer von mentalen Dispositionen nicht einfach als gegeben angenommen werden kann. Umbruchsituationen können unter bestimmten Bedingungen solche mentalen Kontinuitäten zwischen den Generationen auch aufbrechen. Der genannte Transfer muß also trotzdem erklärt werden. Vgl. Armin Pfahl-Traughber, *Die Entwicklung des Rechtsextremismus in Ost und Westdeutschland*, in: APuZ B 39 (2000), S. 3–14, hier S. 13.

Die Erosion des Antifaschismus in der Spätphase der DDR

Als entscheidendes historisches Vorfeld für die Verschiebungen in der ostdeutschen Gesellschaft rücken in dieser Perspektive die späten siebziger und vor allem die achtziger Jahre der DDR in den Mittelpunkt.²⁸ Bekanntermaßen handelt es sich dabei um eine Periode, auf die sich die DDR-Forschung aus verständlichen Gründen bisher kaum eingelassen hat. Auf dem Feld der Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur lassen sich einige deutliche Indizien dafür benennen, daß die widersprüchliche Situation des DDR-Antifaschismus in der Spätphase der DDR vielleicht den Dammbruch eingeleitet haben könnte, der zu jenem für die neuen Bundesländer zum Signum gewordenen Trend nach rechts geführt hat.²⁹ Es gibt deutliche Anzeichen dafür, daß die integrierende und wertbildende Kraft des offiziellen Antifaschismus und der darauf basierenden Bildungs- und Erziehungsstrategien in den achtziger Jahren noch einmal deutlich nachgelassen hat. So haben etwa die Untersuchungen zum Wandel der Leit- und Selbstbilder ostdeutscher Macht- und Funktionsebenen gezeigt, daß der Antifaschismus als Wertorientierung bei diesen Gruppen deutlich zu Gunsten anderer Faktoren erodiert.³⁰ Der Kontrast zur Frühphase der DDR ist hier offensichtlich. Man geht nicht fehl, wenn man annimmt, daß dieser Effekt jenseits der Eliten in der Bevölkerung noch stärker gewesen ist.

Zudem geraten spätestens in den achtziger Jahren mindestens drei der entscheidenden ideologischen Axiome des ostdeutschen Antifaschismus ins Wanken. Erstens führt die SED das von ihr kanonisierte Erklärungsmodell des Nationalsozialismus, welches das NS-Regime in die direkte Kontinuität der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer Eliten stellte, mit ihrer nationalen und geschichtspolitischen Kampagne („Erbe und Tradition“) und mit ihren außenpolitischen Aktivitäten („Koalition der Vernunft“) selbst ad absurdum. In dem die DDR etwa die bis dato ausgegrenzte Geschichte Preußens zum kulturellen Erbe der postulierten sozialistischen Nation deklarierte, knüpfte sie an Traditionsbestände an, die der Antifaschismus bisher als Vorhöfe des Faschismus definiert hatte. Auch die taktischen Konzessionen, die die SED in ihrem

28 Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß es, wie neuere Untersuchungen gezeigt haben, auch vor den immer wieder genannten rechtsextremen und fremdenfeindlichen Straftaten ostdeutscher Skinheads in der Geschichte der SBZ/DDR seit 1945 immer wieder Vorfälle mit neofaschistischem und antisemitischem Hintergrund gegeben hat. S. dazu Harry Waibel, *Rechtsextremismus in der DDR bis 1989*, Köln 1996, S. 25 ff.

29 Für einen solchen Zusammenhang sprechen auch die personellen Kontinuitäten in der rechtsextremen Szene der neuen Bundesländer. S. dazu Gunhild Korfes, „Seitdem habe ich einen dermaßen großen Haß“. *Rechtsextremistische Jugendliche vor und nach der „Wende“ – exemplarische Biographien*, in: Heinemann/Schubarth (Hrsg.), *Der antifaschistische Staat entläßt seine Kinder*, S. 47–63.

30 Vgl. Jürgen Danyel, *Die unbescholtene Macht. Zum antifaschistischen Selbstverständnis der ostdeutschen Eliten*, in: Peter Hübner (Hrsg.), *Eliten im Sozialismus. Studien zur Sozialgeschichte des SED-Regimes*, Köln/Wien/Weimar 1999, S. 67–86.

gemeinsamen Papier mit der SPD vornahm,³¹ indem sie etwa die „Friedensfähigkeit des Kapitalismus“ anerkannte, relativierten die Geltungsmacht des antifaschistischen Geschichtskonstrukts. Zwei Bereiche der offiziellen Geschichtspolitik blieben hingegen von der Ausdifferenzierung des ostdeutschen Geschichtsbildes bis zum Ende der DDR weitestgehend ausgeklammert – die eigene kommunistische Tradition und das Bild der NS-Zeit.

Zweites verlor die Bundesrepublik ihre Funktion als das zentrale Feindbild des Antifaschismus, da sich die westdeutsche Gesellschaft der siebziger und achtziger Jahre nur noch mit albernen propagandistischen Verrenkungen als postfaschistisch denunzieren ließ. Die seit den fünfziger Jahren praktizierte Externalisierung der NS-Vergangenheit war nicht mehr aufrechtzuerhalten, zumal die SED nunmehr vorgab, sich der gesamten deutschen Geschichte zu stellen. Der Versuch, die aufkommenden Republikaner zur neuen neofaschistischen Gefahr der Bundesrepublik zu stilisieren und damit zur Revitalisierung dieses Bildes zu nutzen, schlug fehl. Parallel dazu kulminierte in der Bevölkerung eine positive Umbewertung der Bundesrepublik bzw. generell der westlichen Welt als moderner und attraktiver Konsum- und Leistungsgesellschaften.

Drittens schwand mit dem allmählichen Aussterben der Trägergeneration des antifaschistischen Widerstands das ohnehin schon beträchtlich ausgedünnte erfahrungsgeschichtliche Fundament des ostdeutschen Antifaschismus. Die weitestgehend ritualisierten Formen der „antifaschistischen Erziehung“ gerieten in eine ernsthafte Krise und erreichen die junge Generation nicht mehr. Die dabei vermittelten abstrakten Erklärungsmuster konnten das unter den DDR-Jugendlichen in den achtziger Jahren deutlich gewachsene Interesse am Nationalsozialismus nicht befriedigen. Soziologische Untersuchungen aus dieser Zeit belegen zudem „ein nicht geringes Akzeptanz- bzw. Sympathiepotential gegenüber dem deutschen Faschismus vor allem unter Schülern und Lehrlingen“.³² Der hausgemachte DDR-Rechtsxtremismus widerlegte zudem eine der Ausgangsannahmen des „besseren Deutschland“, wonach ordnungspolitische Eingriffe die entscheidende Garantie für eine Immunisierung der Gesellschaft gegen ein Wiederaufleben des Faschismus böten. Nach dem Tabubruch durch die ostdeutschen Skinheads wurde gleichzeitig die Hilflosigkeit des Antifaschismus als eines praktischen Konzepts zur Auseinandersetzung mit rechtsgerichteten Protestpotentialen deutlich. Die Führung der FDJ reagierte auf den dramatisch schwindenden Einfluß der Jugendorganisation unter Jugendlichen in der DDR mit beschwichtigenden Formeln, Verweisen auf einen imaginären Gegner im Westen und immer neuen Kampagnen,³³ z. B. der

31 S. dazu das SED-SPD-Papier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“, hrsg. v. Wolfgang Brinkel/Jo Rodejohann, Freiburg 1988.

32 Vgl. Schubarth/Schmidt, „Sieger der Geschichte“, S. 18.

33 Vgl. den Bericht des FDJ-Zentralrates „Information über Versuche des Klassenfeindes, verstärkt politisch-ideologischen Einfluß auf die Jugend zu nehmen. Maßnahmen der FDJ zur Verbesserung der politisch-ideologischen Arbeit mit allen Jugendlichen“ v. 2. 2. 1988, abgedruckt in: Süß, Zu Wahrnehmung und Interpretation, S. 78–86.

öffentlich inszenierten Pflege jüdischer Friedhöfe durch FDJ-Gruppen, nachdem letztere immer häufiger zum Ziel antisemitisch motivierter Straftaten geworden waren. Der Schriftsteller Stephan Hermlin sprach in einem seinerzeit vielbeachteten Interview in der FDJ-Tageszeitung „Junge Welt“ von einer Mentalität des „Sich-selbst-etwas-Vormachens“ und verwies auf den beträchtlichen Verschleiß, den der Antifaschismus durch seine Ritualisierung erlitten habe.³⁴

Offizielle Faschismusdeutung und familiäre Überlieferung

Aufrechterhalten blieb auch bis zum Ende der DDR der Kontrast zwischen der offiziellen Faschismusdeutung und der familiären Überlieferung über diese Zeit. Der offizielle Antifaschismus hatte sich schon immer schwer mit dem Erfahrungsbestand getan, der sich aus den Alltags- und Kriegserlebnissen der Mehrheit der deutschen Bevölkerung speiste. Indem die SED die Widerstands- und Verfolgungserfahrungen ihrer Führungselite auf die gesamte Gesellschaft projizierte, verbannte sie diese anderen Erfahrungsbestände aus dem öffentlichen Raum und zwang sie in private Nischen, womit sie auch der Möglichkeit entzogen waren, sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Die entscheidende Weichenstellung für diesen Vorgang erfolgte Anfang der fünfziger Jahre, als sich der Antifaschismus von seinem ursprünglichen Impetus der Aufklärung und kritischen Aufarbeitung zu einem Integrationskonzept wandelte, unter dessen Fahnen die große Zahl der ehemaligen Mitläufer und Parteigänger des NS-Regimes in die sozialistische Gesellschaft eingegliedert wurde.³⁵ Politische Loyalität rangierte in diesem Prozeß höher als kritische Selbstbefragung, so daß unter der Oberfläche der Subordination unter die antifaschistische Staatsräson bestimmte Vorurteile, Wertvorstellungen, Leitbilder und soziale Stereotype aus der NS-Zeit quasi eingefroren wurden. Wie schnell diese wieder verfügbar sein konnten, zeigte sich wiederum in den achtziger Jahren, als die SED bei ihrer dogmatischen Abgrenzungspolitik gegenüber der Entwicklung in Polen und der Perestrojka in der Sowjetunion mit den in der Bevölkerung vorhandenen antipolnischen und antirussischen Stereotypen spielte. Zugleich hatte die SED mit ihrer Geschichtspolitik im Umfeld des 40. Jahrestages der Befreiung vorsichtig zu Erkennen gegeben, daß sie die teilweise traumatischen Alltagserfahrungen der Bevölkerung mit dem Bombenkrieg und der sowjetischen Besatzung nicht mehr wie bisher völlig negieren würde.³⁶ Die Krise der DDR und

34 Vgl. Junge Welt v. 16. 9. 1988.

35 S. dazu ausführlicher Jürgen Danyel, Die SED und die kleinen Pg's. Zur politischen Integration der ehemaligen NSDAP-Mitglieder in der SBZ-DDR, in: Annette Leo/Peter Reif-Spirek (Hrsg.), Helden, Täter und Verräter. Studien zum DDR-Antifaschismus, Berlin 1999, S. 177-196.

36 Vgl. Matthew A. Sienna, Neue Entwicklungen in der Antifaschismus-Politik der SED, in: DA 20 (1987), S. 721-728.

ihres Wertesystems führte schließlich dazu, daß sich der auf diesen Erfahrungen und mentalen Prägungen liegende Druck lockerte und diese nicht mehr wie bisher vordergründig politisch adaptiert, verdrängt bzw. kollektiv beschwiegen werden mußten. Damit ergaben sich offenbar auch veränderte Bedingungen für den Transfer dieser konträr zum offiziellen antifaschistischen Weltbild liegenden Überlieferungen und Einstellungspotentiale. Zumindest finden sich in der Geschichte des ostdeutschen Rechtsextremismus in den achtziger Jahren auch Hinweise darauf, daß solche Transfers etwa zwischen der älteren Generation und den jugendlichen Skinheads stattgefunden haben: „Die sind in Gaststätten gegangen und haben alte Männer angesprochen, die da ihr Bier tranken, und gefragt, ob die mal in der SA oder der SS waren. Dann dürften die erzählen über ihre alte Zeit.“³⁷

Der Zusammenbruch der DDR und der Prozeß der deutschen Vereinigung bedeuteten einen zusätzlichen Schub für die Freisetzung der genannten Erfahrungs- und Mentalitätsbestände, die scheinbar durch das Ende des Sozialismus eine zusätzliche Bestätigung erhielten.³⁸ Sowohl die im privaten als auch im öffentlichen Bereich nach 1990 vorgetragenen Erzählungen der eigenen Lebensgeschichte wurden nach 1990 vielfach neu strukturiert, wobei besonders die Kriegs- und Vertreibungserfahrungen der älteren Generation neu gewichtet wurden. Beschleunigt wurde dieser Prozeß nicht zuletzt durch die Übernahme der in der Bundesrepublik geltenden gesetzlichen Regelungen, womit z. B. rund 1,4 Millionen betroffener Ostdeutscher die Möglichkeit erhielten, Entschädigungszahlungen nach dem Vertriebenenzuwendungs-gesetz zu beantragen.³⁹ Das damit verbundene Antragsverfahren beinhaltete zwangsläufig auch eine Neuakzentuierung dieser in der DDR nahezu völlig verdrängten Erinnerungsbestände. Dies gilt mit hoher Wahrscheinlichkeit auch für die sich auf die Zeit zwischen 1933 und 1945 beziehenden und von den nachfolgenden Generationen angeeigneten Erinnerung- und Mentalitätsfragmente.

Die Suche nach historischen Ursachen für Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern beinhaltet vor diesem Hintergrund auch, daß die hier nur angedeuteten, in den achtziger Jahren einsetzenden, durch die Umbruchssituation und den Vereinigungsprozeß beschleunigten Verschiebungen und Transferprozesse im Erinnerungs- und Mentalitätshaushalt der Ostdeutschen einer eingehenden Untersuchung bedürfen.

37 Vgl. Klaus Farin/Eberhard Seidel-Pielen, *Rechtsruck. Rassismus im neuen Deutschland*, Berlin 1992, S. 83.

38 In diese Richtung weisen auch die Ergebnisse des von 1997–2000 am Psychologischen Institut der Universität Hannover durchgeführten Forschungsprojekts „Tradierung von Geschichtsbewußtsein“. Vgl. Forschungsgruppe Tradierung von Geschichtsbewußtsein, *Reader v. 9. 11. 2000*, S. 5.

39 Vgl. Bund der Vertriebenen, *Jahresbericht 1999*, Bonn 2000, S. 19.